

20. Petra Pinzler: Noch mehr ist nicht genug (aus: DIE ZEIT vom 22.09.2011, S.25)

Catherine Austin Fitts misst Lebensqualität an einem Kinderlächeln. Ein warmer Sommertag, ein Gesicht mit strahlenden Augen, die Zunge leckt am Eis. Man braucht nicht lange nach Klischees vom Glück zu suchen: Dieses Bild zeigt eines. Für die Präsidentin der Investmentfirma Solari aber ist es mehr, sie hat daraus den Popsicle-Index entwickelt, benannt nach dem in den USA so beliebten Wassereis. Sie fragt die Einwohner von Stadtvierteln: Glauben Sie, dass ein Kind hier gefahrlos allein ein Eis kaufen kann? Je mehr Nachbarn das positiv sehen, desto höher ist der Index – und desto lebenswerter die Gegend.

Der Popsicle-Index ist eine Spielerei, und doch hat er einen ernsten Kern. Damit Kinder allein zur Eisdielen spazieren können, muss in einem Viertel vieles stimmen. Es muss einen Laden geben. Man muss zu Fuß hinlaufen können, ohne überfahren zu werden. Die Gegend sollte sicher sein. Und Familien müssen sich das Wohnen hier überhaupt leisten können. Ein kleines Eis lässt also erstaunliche Rückschlüsse auf die Lebensqualität zu.

So wie es gute und schlechte Viertel gibt, gibt es auch glücklichere Nationen und weniger glückliche. Denn Lebensqualität, Wohlfühl oder das, was schon die alten Griechen als »gutes Leben« verstanden, ist mitnichten nur vom Zufall oder den Genen abhängig. Es braucht dafür einen gewissen Wohlstand, aber viel weniger, als viele meinen. Es hat mit Chancen, Bildung, Gesundheit und einer heilen Umwelt zu tun. Und es kommt auf die Verteilung an, gleichere Gesellschaften sind glücklicher als sehr ungleiche. Politik spielt also eine viel umfassendere Rolle für das Glück der Menschen als bislang angenommen. Nur erwähnt das in der politischen Debatte kaum jemand.

Sicher, wir debattieren in diesen Tagen endlich wieder über Ungleichheit und Gerechtigkeit. Doch Glück und Politik? Das ist ein Tabu. Und selbst wenn man stattdessen von Lebensqualität spricht, gilt das bestenfalls als weiches Thema. In welchen Ländern die Menschen zufrieden leben, ist meist nur eine Meldung für die bunten Seiten. Hart sind hingegen Zahlen wie Einkommensverteilung oder Wachstumsraten. Die kann man messen, die gestatten Vergleiche. Und wenn eine Volkswirtschaft boomt, schwingt da auch immer mit: Hoppla, jetzt geht es besser. Wachstum ist zum Synonym für gutes Leben geworden. [...]

Umfragen belegen eher das Gegenteil. Das Lebensglück der Deutschen, so sagen die meisten Studien, ist in den vergangenen Jahrzehnten gesunken.

Überraschend ist das nicht: Was nützt der Boom, wenn die Jobs immer stressiger werden, der Druck auf den Einzelnen immer höher? Was nützt der Wohlstand, wenn er vor allem denen da oben zugutekommt und unten die prekären Jobs boomen? Was, wenn wir genau wissen, dass wir unsere Umwelt und die Staatsfinanzen ruinieren, und Angst haben müssen, das spätestens für unsere Kinder das »gute Leben« immer schwieriger zu finden sein wird? Wir alle fühlen doch, dass da etwas schief läuft. Auch deswegen steht die Gerechtigkeitsfrage stellvertretend für all das Unwohlsein wieder im Raum. [...]

Die Finanzkrise hat deutlich gezeigt, wie wackelig ein Wohlstandsmodell ist, wenn es vor allem auf möglichst großen Zuwachs setzt und auf einen Boom an den Börsen.

Was daraus folgt? Sicher kein Aufruf zur Askese und schon gar nicht an die da unten. Doch wir sollten schon grundsätzlich über die Kriterien sprechen, die in Deutschland möglichst vielen Menschen ein gutes und sicheres Leben ermöglichen – statt stereotyp das Mantra vom »Immer mehr« zu wiederholen.

Die Debatte darüber könnte uns dann ganz nebenbei auch noch bei einem anderen drängenden Problem helfen: beim Entzug der Politiker von der Wachstumsdroge. Bisher brauchten die Regierungen hohe Wachstumsraten wie Ertrinkende das Rettungsboot. Weil sie glauben, nur ein wachsender Haushalt sei ein guter Haushalt. Weil auch sie »immer mehr« mit »immer besser« verwechselt haben. Leider haben wir alle dabei nur verdrängt, dass durch dieses Modell ganz offensichtlich der Globus ruiniert wird. Das ist zwar nicht neu, aber in letzter Zeit wird es offensichtlich. Wir werden zwar nominell noch reicher, aber in Wirklichkeit ärmer. Jede Ölpest ist gut für die Wirtschaft, weil danach das Brutto sozialprodukt steigt. Dabei wachsen wir uns quasi in den Ruin, unser Wirtschaftswunder lebt auf Pump, ökologisch gesehen. Wir ruinieren das Klima, wir schröpfen die Böden und fischen die Meere leer. [...]

Wenn es stimmt, dass materieller Wohlstand unsere Gesellschaften nicht mehr glücklicher macht und sie zugleich in den ökologischen Ruin treibt, warum dann nicht an Alternativen arbeiten?

Die SPD versucht das zaghaft mit einer Fortschrittswerkstatt, bei den Grünen schwappt die Debatte immer mal wieder hoch, und im Bundestag arbeitet dazu nun eine Enquetekommission. Interessanter noch ist jedoch, was im Kleinen, im echten Leben geschieht – beispielsweise in vielen Städten. Da fahren junge Leute heute schon viel weniger Auto und wollen trotzdem mehr Mobilität. Durch Carsharing, neue Kombinationen von Elektroautos und die Bahn bekommen sie genau das: mehr und weniger zugleich. Das Beispiel könnte, denkt man es weiter, zu einer ganz neuen Debatte über privaten Besitz und kollektive Nutzung führen. Kombiniert man »Haben« und »Nutzen« neu, könnten Menschen mit wenig Eigentum trotzdem mehr genießen: in Gemeinschaftsgärten, Bibliotheken, durch Tauschringe und neue Verkehrskonzepte. Das mag utopisch klingen, im Kleinen vielleicht niedlich wirken, im Großen unmöglich. Aber das meiste Neue hat so begonnen.

Aufgabe:

Stellen Sie die Kernaussagen der Autorin dar und arbeiten Sie die Argumentationsstruktur des Textes heraus. Erörtern Sie anschließend die Position der Autorin.